

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.50 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Volkshel-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 169

Altensteig, Freitag den 22. Juli 1932

55. Jahrgang

Zur Neuordnung in Preußen

Verordnung über Waffenbesitz und Waffengebrauch — 24 höhere Beamte in Ruhestand versetzt

Der Reichskanzler beruft die Ministerpräsidenten der Länder nach Stuttgart zusammen

Stuttgart, 21. Juli. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Reichskanzler v. Papen hat die Ministerpräsidenten der Länder auf Samstag, den 23. Juli, zu einer Besprechung in das württembergische Staatsministerium nach Stuttgart eingeladen.

Eine Verordnung über Waffenbesitz

Berlin, 21. Juli. Der Inhaber der vollziehenden Gewalt erläßt folgende Verordnung:

Auf Grund der Notverordnung vom 20. Juli 1932 wird folgendes verordnet:

§ 1. Wer hinreichend verdächtig ist, eine strafbare Handlung mittels einer Waffe begangen oder eine Waffe unbeaufsichtigt zu haben, oder wer gemeinsam mit anderen an öffentlichen Orten bewaffnet erschienen ist, wird — unbeschadet der strafrechtlichen Verfolgung — in Haft genommen.

§ 2. Wer bei einer Waffendurchsicherung gegenüber der bewaffneten Macht oder der Polizei auf Befragen den Besitz von Waffen oder Munition verheimlicht, wird — unbeschadet der strafrechtlichen Verfolgung — in Haft genommen.

§ 3. Die Haftanordnung unterliegt keiner Anfechtung. Diese Anordnung tritt sofort in Kraft.

Erlaß des Militärbefehlshabers für Groß-Berlin und Brandenburg

Berlin, 21. Juli. Der Militärbefehlshaber für Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg hat folgende Bestimmungen getroffen:

1. an den Herrn Polizeipräsidenten in Berlin,
2. an das Kommando der Schutzpolizei in Berlin,
3. an den Herrn Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und von Berlin.

Aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Gebiet von Groß-Berlin und Brandenburg bestimme ich:

Die Polizei hat, soweit Waffengebrauch erforderlich ist, im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen energisch und schnellstens von der durch die Lage gebotenen Art der Waffe Gebrauch zu machen, um den erforderlichen Zweck zu erreichen. Nur dadurch wird die Wahrung der Staatsautorität sichergestellt und eine nicht zu verantwortende Gefährdung für Beamte und Unbeteiligte vermieden.

Niemals kann ein Beamter eine Entschuldigung für die Nichterfüllung seiner Pflicht oder die Nichtdurchführung eines Auftrages für Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung finden, wenn er den zur Erreichung eines bestimmten Zweckes gesetzlich bestimmten Gebrauch von seinen Waffen nicht rechtzeitig und nicht vollständig gemacht hat.

Der Militärbefehlshaber
gez. v. Rundstedt, Generalleutnant.

Der Rechtsstandpunkt der Reichsregierung

Berlin, 21. Juli. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, bezeichnet man es in Kreisen der Reichsregierung als völlig unverständlich, daß eine Reihe preussischer Minister und höherer Beamter die Rechtsgrundlage der Maßnahmen der Reichsregierung in Zweifel gezogen habe. Diese Maßnahmen der Reichsregierung sind auf Grund einer Notverordnung des Reichspräsidenten erfolgt und daher durchaus rechtmäßig in Kraft. Es steht jedem die Möglichkeit offen, gegen die Notverordnung den gesetzlichen festgelegten Rechtsweg zu beschreiten. Diese Möglichkeit kann aber niemanden entbinden von der Verpflichtung, nächst den Bestimmungen der Notverordnung Tatas zu leisten. Dabei müßten die Anordnungen der Reichsregierung unbedingt durchgeführt werden.

In diesem Zusammenhange wird von amtlicher Seite erneut betont, daß das Vorgehen der Reichsregierung unbedingt notwendig war zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Preußen. Der Reichskanzler appelliert eindringlich an die Öffentlichkeit, Ruhe zu bewahren.

Am Samstag Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof

Leipzig, 21. Juli. Vom Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich ist Verhandlungstermin über den Antrag des bisherigen preussischen Staatsministeriums auf Erlass einer einstweiligen Verfügung auf Samstag vormittag 10 Uhr anberaumt worden. Den Vorsitz wird in Vertretung des beurlaubten Staatsgerichtspräsidenten Dr. Bumke Senatspräsident Denag führen.

Beurlaubung preussischer Staatssekretäre

Berlin, 21. Juli. Der Reichskanzler hat den Staatssekretär im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe Dr. Staudinger, und den Staatssekretär im preussischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Krüger, bis auf weiteres mit sofortiger Wirkung beurlaubt und sie ersucht, von der Ausübung ihrer Amtsgeschäfte Abstand zu nehmen. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Staatssekretärs im preussischen Handelsministerium hat der Reichskanzler den Reichskommissar für das Bankgewerbe, Ministerialdirektor Dr. Ernst, mit der Wahrnehmung der Geschäfte im preussischen Landwirtschaftsministerium den Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Muffschel, beauftragt.

Staatssekretär Dr. Abegg ist mit sofortiger Wirkung seiner Dienstgeschäfte entbunden und beurlaubt. Die Pressstelle des preussischen Staatsministeriums des Innern stellt bis auf weiteres ihre Tätigkeiten ein. Der Leiter, Ministerialrat Dr. Hirschfeld, ist beurlaubt und von seinen Dienstgeschäften entbunden.

Staatssekretär Dr. Weismann aus dem preussischen Staatsministerium ausgeschieden

Berlin, 21. Juli. Das preussische Staatsministerium hat dem Antrag des Staatssekretärs Dr. Weismann, ihm aus Gesundheitsrückgründen die Entlassung aus dem preussischen Staatsdienst zu bewilligen, entsprochen.

Weitere Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand

Berlin, 21. Juli. Auf Grund des Paragraph 3 der Verordnung betreffend die einstweilige Versetzung der unmittelbaren Staatsbeamten in den Ruhestand vom 26. Februar 1919 werden unter Genehmigung eines gesetzlichen Warzeldes sofort einstweilen in den Ruhestand versetzt:

Der Ministerialdirektor im Ministerium des Innern Dr. Badt, die Staatssekretäre Dr. Abegg, Dr. Staudinger und Krüger, die Oberpräsidenten Lüdemann (Niederschlesien), Dr. Fald (Sachsen), Kürbis (Schleswig-Holstein), Haas (Reifen-Rastau), die Regierungspräsidenten Dr. Hübner in Frankfurt a. O., Simons in Plessen, Weber in Magdeburg, von Hornow in Merseburg, Dr. Herbst in Lüneburg, Dr. Amelungen in Münster in Westfalen,

die Polizeipräsidenten Tike in Königsberg i. P., Dietrich in Kiel, Baumhoft in Köln, Krümgel in Elbina, Schöbel in Osnabrück, Hohenstein in Kassel, Ojowski in Oppeln, Esserstedt in Altona,

die Polizeidirektoren Polizeipräsident Mai in Wilhelmsdaven, Dr. Thiemann in Schneidemühl.

Soweit eine Neuversetzung der freigeordneten Stellen erfolgt, wird dabei vorausgesetzt auf Wartehandsbeamtene zurückzuerufen. Soweit die Stellen durch aktive Beamte neu besetzt werden, werden entsprechende Stelleneinsparungen vorgenommen werden.

Beschluß des sozialdemokratischen Parteiaussschusses

Berlin, 21. Juli. Parteivorstand und Partelausschuß der Sozialdemokratischen Partei haben am Donnerstag einstimmig einen Beschluß, der gegen das Vorgehen der Reichsregierung protestiert und den bisherigen sozialdemokratischen Ministern, sowie den Polizeipräsidenten für ihr Verhalten Anerkennung und Dank ausspricht. Der Beschluß wendet sich dann gegen die Generalkriegsverordnungen der kommunistischen Führer, die seit Jahren Schulter an Schulter mit den Nationalsozialisten den Kampf gegen Braun und Severing geführt hätten. Die deutsche Arbeiterklasse werde sich die Wahl ihrer Mittel und die Stunde ihres Handelns nicht von den Bundesgenossen der Nationalsozialisten im Kampf gegen Braun und Severing vorzeichnen lassen. Es gelte jetzt in voller Aktivität, Disziplin und Einigkeit alle Kräfte für den Wahlkampf und den Sieg der Sozialdemokratie zusammenzufassen. Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages hat sich diesem Beschluß einstimmig angeschlossen.

Die Nationalsozialistische Korrespondenz zur Lage in Preußen

München, 21. Juli. Die Nationalsozialistische Korrespondenz schreibt zu den Vorgängen in Preußen u. a.: Die Reichsregierung habe in Preußen die einzige Konsequenz gezogen, die für sie als oberste Aufsichtsbehörde zur Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit überhaupt noch in Frage gekommen sei. Um das Nebel an der Wurzel zu fassen, hätte mit der sofortigen Amisenthebung des verantwortlichen sozialdemokratischen Polizeiministers Severing begonnen werden müssen. Die damaligen Warnungen der Nationalsozialisten seien heute gerechtfertigt. Ein Nationschwund von Strafprozessen, so weit es weiter, werde hoffentlich bald den Schleier von Dingen wegschieben, die unter Severings Duldung, ja auf seine Veranlassung geschehen seien und die für einen Rechtsstaat als beispiellos daständen.

Württemberg zu den Vorgängen in Preußen

Stuttgart, 21. Juli. Die württembergische Regierung hat, wie wir erfahren, zu der Frage der Einsetzung eines Staatskommissars für Preußen an den Herrn Reichspräsidenten und an den Herrn Reichskanzler ein Schreiben gerichtet. Der Wortlaut wird der Öffentlichkeit übergeben werden, sobald die Empfänger im Besitz des Schreibens sein werden.

Erklärungen des badischen Staatspräsidenten

Karlsruhe, 21. Juli. Staatspräsident Dr. Schmitt hat in einer Pressebesprechung Erklärungen folgenden Inhalts abgegeben: Die badische Regierung stehe treu auf dem Boden der Verfassung und wird alle Notverordnungen von Berlin, auch wenn sie an dem Inhalt Bedenken politischer und rechtlicher Art hat, durchführen, insbesondere alle Anordnungen, welche die öffentliche Ruhe und Sicherheit angehen. Die Regierung wird alles unternehmen, um zu verhindern, daß Blut fließt, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet werde. Besondere Maßnahmen sind für den Wahltag und den folgenden Tag getroffen worden. Wir haben die Kräfte, die wir brauchen, um die Ruhe und öffentliche Ordnung im Staate aufrecht zu erhalten. Der Staatspräsident bezieht im weiteren Verlaufe seiner Darlegungen das Verbot der öffentlichen Ausläufe, mit dem sich die Reichsregierung auf den Standpunkt der drei süddeutschen Minister- und Staatspräsidenten gestellt habe und kündigte an, daß die badische Regierung erneut und zwar schriftlich an die Reichsregierung wegen des Uniformverbotes herantritt werde. Zu den Maßnahmen in Preußen erklärte der Staatspräsident, das Staatsministerium habe beschlossen, einen eigenen Klagenantrag telegraphisch an den Staatsgerichtshof zu richten, der eine Feststellung darüber herbeiführe, welche Rechte durch Artikel 48 gegenüber den Länderregierungen möglich sind. Wir schließen uns, so lautet Dr. Schmitt ferner, der preussischen Klage nicht an, weil wir den Sachverhalt nicht genügend kennen. Auch erheben wir eine andere Klage als Bayern. Wir erkennen an, daß die Reichsregierung grundsätzlich das Recht hat, einen Reichskommissar auf Grund des Artikels 48 einzusetzen.

Blätterstimmen zu den Amtsenthebungen in Preußen

Berlin, 22. Juli. Die Amtsenthebung der verschiedenen Staatssekretäre, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeiverwalter in Preußen werden von den meisten Blättern lebhaft erörtert. Während die in Opposition zur Reichsregierung stehende Presse in teilweise sehr scharfer Form dagegen polemisiert, nehmen die übrigen Blätter den Standpunkt ein, daß durch dieses Vorgehen eine Säuberung des preussischen Verwaltungskörpers von parteipolitisch gebundenen Beamten erfolgt sei.

Rechtsverwahrung des Oberpräsidenten in Niederschlesien

Breslau, 21. Juli. Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien, Lüdemann, hat zu seiner einstweiligen Versetzung in den Ruhestand mitgeteilt, daß er die Geschäfte seinem Stellvertreter Vizepräsident Wefemann übergeben habe. Das Schreiben an den Reichskanzler enthält gleichzeitig eine Rechtsverwahrung.

Dr. Goebbels zu den Vorgängen in Preußen

Chemnitz, 21. Juli. Dr. Goebbels führte heute abend in einer Wahlkundgebung zu den Vorgängen in Preußen u. a. aus: Die Ereignisse, die sich gestern und heute in Berlin abgespielt haben, sind der Anfang vom Ende der marxistischen Gewaltherrschaft. Mit tiefer innerer Begeisterung können wir heute sagen: Es ist so weit. Gestern hat auf unseren Schritt hin der große Durchbruch begonnen. Die Entscheidung steht. Das deutsche und das antideutsche Deutschland sind gegeneinander aufmarschiert. Das Volk muß jetzt darüber entscheiden, ob das eine oder das andere die Führung an sich reißen soll.

Hitler in Hannover

Hannover, 21. Juli. Adolf Hitler sprach heute nachmittag auf dem Ausstellungsgelände der Stadthalle. Er führte u. a. aus, am 31. Juli gehe es nicht um die Regierungsneubildung oder gar um neue Koalitionsmöglichkeiten, sondern um den Kampf zweier Welten, die um den endgültigen Sieg ringen. An der Berufung des Kabinetts Papen habe er keinen Anteil. Es sei das Ziel der NSDAP, die mehr als 30 Parteien zu beseitigen. Nur bei Zusammenfassung der ganzen Nation zu einer politischen Einheit und bei einer Zusammenarbeit aller Stände könne eine neue Volksgemeinschaft gebildet werden. Die NSDAP habe Jahre hindurch den Kampf gegen die Verleumdung geführt. Sie würde auch jetzt des Terrors Herr werden. Und gleich wie der 31. Juli auslaufe, werde der Kampf der Bewegung weitergehen.



Hugenberg in Karlsruhe

Karlsruhe, 21. Juli. In der Festhalle sprach Dr. Hugenberg heute abend. Er begrüßte zunächst das Vorgehen des Reichsfinanzlers in Preußen. Der deutsche Staat könne nur aufgebaut werden auf dem Gesichtspunkt der Dezentralisation, nicht auf dem der weitgehenden Zentralisation. Die Länder müßten wieder die Träger der Verwaltung sein. Die Deutschnationalen seien mit dem freiwilligen Arbeitsdienst einverstanden, aber auch mit einer Arbeitsdienstpflicht. Zur Frage Berlin-Preußen betonte Dr. Hugenberg, daß in Berlin kein Kriegszustand zwischen den beiden Parteien bestehen dürfe. Die jetzigen Maßnahmen des Reichsfinanzlers stellten lediglich eine Fortsetzung der Rotverordnungs politik des Kabinetts Brüning dar.

Die politische Rundfunkwoche

Berlin, 22. Juli. Die parteipolitische Rednerreihe für den Wahlkampf im deutschen Rundfunk eröffnet am Montag, den 25. Juli, der christlich-soziale Abgeordnete Simpfendorfer und von Hauschild von der Deutschen Landvolkpartei; am Dienstag folgt Minister Dietrich von der Staatspartei und Dr. Pfeiffer oder Schwendt von der Bayerischen Volkspartei; am Mittwoch Drewig von der Wirtschaftspartei und Dingeldey von der Deutschen Volkspartei; am Donnerstag Hugenberg für die Deutschnationale Volkspartei und Dr. Brüning für das Zentrum. Der erste Vortrag findet regelmäßig von 7-7.25 Uhr statt, der zweite dauert bis 7.50 Uhr. Am Freitag, den 29. Juli folgt dann eine Rundfunkübertragung voraussichtlich von München her, in der der Führer der Nationalsozialisten Adolf Hitler oder der Reichsorganisationsleiter der NSDAP Gregor Strasser sprechen wird. Am Samstag spricht Otto Wels für die Sozialdemokraten. Die Reihenfolge der Vortragenden wurde paritätisch nach der Größe der Partei vorgenommen.

Die nächsten Ministerreden im Rundfunk

Berlin, 21. Juli. Drei Ministerreden sind für die nächsten Tage vorgesehen. Freitag, 22. Juli abends 7 Uhr, spricht der kommissarische preussische Staatsminister des Innern Dr. Bracht.

Samstag, 23. Juli abends 7 Uhr, spricht der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Freiherr von Braun, und am

Dienstag, 26. Juli abends 8.05-8.30 Uhr spricht der Reichswehrminister General von Schleicher.

Sämtliche Reden werden von allen deutschen Sendern übernommen.

Der Arbeitsmarkt

5 492 000 Arbeitslose — Zunahme um 16 000

Berlin, 21. Juli. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. Juli 1932 ist, wie in den Vorjahren, eine Steigung in der Entlassung des Arbeitsmarktes eingetreten. Am 15. Juli waren bei den Arbeitsämtern rund 5 492 000 Arbeitslose gemeldet, d. h. um rund 16 000 mehr als Ende Juni. Die Aufnahmefähigkeit der Saisonarbeitskräfte ließ nach. Im Gegensatz zur Entwicklung am Arbeitsmarkt sind die Unterstützenzahlen der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge nicht unerheblich zurückgegangen, eine Entwicklung, die überwiegend auf Aussteuerungen infolge der langen Dauer der Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist. In der Arbeitslosenversicherung werden am 15. Juli rund 875 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt, nach einem Rückgang um rund 68 000. In der Krisenfürsorge wurden am gleichen Stichtage rund 1 490 000 Arbeitslose betreut, d. h. rund 54 000 weniger als Ende Juni. In diesen beiden Unterstützeneinrichtungen zusammen wurden mithin rund 2 365 000 Arbeitslose unterstützt, denen im gleichen Bestandsstichtage 2,2 Millionen Wohlfahrtsarbeitslose (Ende Juni 2 163 000) gegenüberstehen dürften.

Arbeitsmarktbericht aus Baden und Württemberg

In der Entwicklung des südwestdeutschen Arbeitsmarktes trat in der ersten Julihälfte wie in jedem Jahre, wenn die zur Besetzung einreife Kräfte wieder entbehrlich werden, eine Steigung ein, so daß das bei den Arbeitsämtern gemeldete Kräfteangebot, das sich Ende Juni auf 301 716 Arbeitsuchende belief, nicht mehr weiter abnahm, sondern um ein geringes auf 302 342 Personen anwuchs; 122 222 davon entfielen auf die Arbeitsamtsbezirke in Württemberg und Hebesollen und 179 921 auf die badischen Bezirke. Von den Arbeitsuchenden waren 287 575 als arbeitslos zu betrachten, und zwar 114 344 in Württemberg und 173 531 in Baden. Der Unterschied zwischen den Zahlen der Arbeitsuchenden und Arbeitslosen von über 14 000 Personen rührt in der Hauptsache daher, daß sich die bei den Maßnahmen der Werte schaffenden Arbeitslosenfürsorge und des freiwilligen Arbeitsdienstes beschäftigten Personen zur Vermittlung auf dem freien Arbeitsmarkt als Arbeitsuchende zur Verfügung stellen müssen. In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung fanden am 15. Juli 53 686 Personen, in der Krisenfürsorge 85 315 Personen. Die Gesamtpahl der Hauptunterstützten ist um 7052 Personen oder um 4,8 v. H., nämlich von 146 653 Personen auf 139 001 Personen (106 354 Männer, 32 647 Frauen) gefallen; davon kamen auf Württemberg 58 190 gegen 61 711, auf Baden 80 811 gegen 84 342 am 30. Juni 1932.

Die Abrüstungs-Entschießung

In Genf hielt am Mittwoch der Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz, dem alle Vertreter angehören, eine Sitzung ab, in der der Berichtsteller, der tschechische Außenminister Dr. Benes, den Entschleunensentwurf, mit dem die Tagung abgeschlossen werden soll, vorlas und erläuterte. Die Entschleunung wolle die Ergebnisse festhalten, die bereits im ersten Teil der Konferenz erreicht worden seien, und ein Arbeitsprogramm aufstellen. Benes feierte überauswiegend die allgemeinen Grundsätze der Entschleunung, ging aber über den tatsächlichen Inhalt ziemlich rasch mit oberflächlichen Bemerkungen weg. Die Annahme der Entschleunung greife weiteren Entschleunungen über Gleichberechtigung und Sicherheit nicht vor.

Der amerikanische Vertreter Gibson stellte den Entschleunensentwurf in Verehrlich mit dem Hooverplan: Er hätte es lieber gesehen, wenn mehr Einzelheiten aus dem Hooverplan aufgenommen worden wäre, gebe aber zu, daß die Entschleunung das Höchste sei, was gegenwärtig erreicht werden könne. Aus diesem Grunde stimmte er zu.

Der Inhalt der Entschleunung

In der Einleitung wird erklärt: Die Konferenz hält daran fest, daß sie die Aufgabe hat, einen ersten entscheidenden Schritt der einen Menge von Verabredungen der Rüstungen mit sich bringt, zu vollziehen, und zwar auf der Grundlage des Artikels 5 des Völkervertrages und als natürliche Folge der Verpflichtungen, die sich aus dem Briand-Kellogg-Vertrag ergeben. Die Konferenz, die gesamten Rüstungen um ein Drittel herabzusetzen, ist begründenswert.

Die Konferenz beschließt einmütig:

1. Es wird eine Herabsetzung der Weltleistungen vollzogen werden mittels einer allgemeinen Abmachung, die sich auf die Landleistungen, die Seerüstungen und die Luftleistungen erstreckt.

2. Ein wesentliches Ziel, das es zu erreichen gilt, ist die Herabsetzung der Angriffsmittel.

Schon jetzt muß ein Einverständnis herbeigeführt werden über eine gewisse Anzahl von wichtigen Punkten. Die Konferenz beschließt, ohne weitergehenden Vereinbarungen voranzureifen, schon jetzt nachstehende Abrüstungsmaßnahmen und gewisse Grundsätze für neue Rüstungsabstimmungen.

Luftleistungen: 1. Jeder Luftangriff, der gegen die Zivilbevölkerung gerichtet ist, wird uneingeschränkt verboten werden;

2. die vertragsschließenden Mächte verpflichten sich gegenseitig, jedes Luftbombardement abzuschaffen unter folgenden Bedingungen:

a) Die Militärluftfahrt wird zahlenmäßig und nach Merkmalen der Flugzeuge begrenzt;

b) die Zivilflugzeuge werden in Größe usw. beschränkt; über sie muß unbeschränkt Auskunft gegeben werden.

Bei Zivilflugzeugen, die größer und stärker als gewöhnlich sind, soll durch internationale Maßnahmen Mißbrauch verhindert werden; Ausnahmen sollen für Gegenden gemacht werden, in denen solche internationalen Maßnahmen nicht möglich sind.

Landleistungen. Die Höchstgrenze von Kampfwagen soll begrenzt werden.

Chemischer und Batterienkrieg werden verboten unter den vom Sonderauschuß einmütig empfohlenen Bedingungen.

Zur Ueberwachung soll ein rändiger Ausschuß eingesetzt werden.

Das Büro soll bis zum Wiedersammentritt der Vollkonferenz prüfen die Effektivbestände der Land-, See- und Luftleistungen, die Begrenzung der Ausgaben für die nationale Verteidigung, Waffenhandel und Waffenherstellung u. die Seerüstungen, ferner Bestimmungen über Wiederaufnahme der Konferenzarbeiten treffen. Die vorliegende Entschleunung soll nicht die Haltung der Konferenz festlegen bezüglich weitergehender Abrüstungsmaßnahmen und bezüglich der Vorschläge politischer Art, die gemacht worden seien. Das Abrüstungsabkommen sollen die Regierungen über den 1. November hinaus um vier Monate verlängern. Die Seerüstungsfragen, der Hooverplan und die anderen der Konferenz einereichten Vorschläge sollen von den Zeichnungsmächten der Resolutionen und Londoner Protokolle in der Zwischenzeit zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht werden.

Um die Abrüstungsentschießung

Genf, 21. Juli. Unter großer Beteiligung des Publikums und der Presse begann der Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz mit der Beratung der Entschleunung, die für den Abschluß des ersten Tagesabschnittes vorgelegt worden ist. Für die Einzelberatung lagen dem Ausschuß bei Beginn der Verhandlungen eine Reihe von Änderungsanträgen der russischen Delegation vor. Volkskommissar Litwinoff begründete die russischen Anträge und erklärte schließlich, daß die Resolution in ihrer vorliegenden Form für die russische Delegation nicht annehmbar sei.

Als Vertreter Italiens sagte der italienische Luftfahrtminister Balbo, die italienische Delegation habe besten Willens mitgearbeitet, um der Konferenz zu positiven Ergebnissen zu verhelfen. Die italienische Delegation sei aber sehr besonnen, zu erklären, daß die Anstrengungen vergeblich gewesen seien, und daß die Ergebnisse weit hinter den Hoffnungen der Menschheit zurückgeblieben seien. Er werde sich infolgedessen an der Abstimmung nicht beteiligen.

Der deutsche Vertreter, Vorkämpfer Rodolus, erklärte gleichfalls, daß er an der Diskussion und an der Abstimmung über die einzelnen Teile der Resolution nicht teilnehmen werde. Er behalte sich vor, vor der Schlußabstimmung den Standpunkt der deutschen Delegation zu der Resolution darzulegen.

Der Hauptauschuß schritt sodann zur Abstimmung über die Einleitung der Entschleunung. Es wurden 30 Stimmen dafür und 6 Stimmen dagegen abgegeben. 16 Delegationen enthielten sich der Stimme.

Neues vom Tage

Ein politischer Mord

Stettin, 21. Juli. Im Ostseebad Binz wurde der Amtsvorsteher Köthner ermordet. Er hatte sich zur Ueberwachung einer kommunistischen Versammlung begeben. Als es in dieser zu Rubelstörungen kam, ermahnte Köthner einen Kommunisten zur Ruhe. Bald darauf verließ der Amtsvorsteher die Versammlung. Der von ihm verwarnte Kommunist folgte ihm und verfechtete ihm einen Messerhieb in den Kopf, der den sofortigen Tod zur Folge hatte. Der Kommunist flüchtete, konnte aber bald festgenommen werden. Der ermordete Amtsvorsteher war ein tüchtiger Mann und ist politisch niemals hervorgetreten.

Belagerungszustand in Bolivien

La Paz, 21. Juli. Infolge der Zunahme der Volksunruhen gegen Peronazo ist der Belagerungszustand in ganz Bolivien verhängt worden.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 22. Juli 1932.

Bericht über die Gemeinderatsitzung am 14. Juli 1932

Anwesend: Der Vorsitzende, Bürgermeister Pfizenmaier und zwölf Stadträte

Abwesend: Stadtrat Adermann und Kalthaner

Der Vorsitzende teilt mit, daß sich die Kosten für die Herstellung der Bettlersteden von 100 Mark auf 120 Mark erhöht haben, weil der ursprüngliche Vorschlag nur die Herstellung von Scheuchsteden zu 2 und 3 Pfg. und nicht auch, wie nachträglich gewünscht worden sei, zu 5 Pfg. vorgesehen habe. Gleichzeitig bemerkt er, daß es wünschenswert wäre, wenn die Einwohnerzahl mehr als dies bisher der Fall war, von dieser Einrichtung Gebrauch machen würde.

Bereits in einer der letzten Gemeinderatsitzungen erwähnte der Vorsitzende, nachdem sich in den letzten Jahren gezeigt habe, daß trotz aller Bemühungen eine Notstandsarbeit zur ganzen Durchführung bzw. zur Durchführung eines größeren Teils der Feldbereinigung und damit zur Beschäftigung der Erwerbslosen nicht zu erreichen sei, habe er sich mit dem Arbeitsamt ins Benehmen gesetzt, um die Frage zu prüfen, ob die Feldbereinigungsarbeiten nicht im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes in Angriff genommen werden können. Der Vorsitzende des Arbeitsamts Ragold, Reg.-Rat Dr. Stahlecker, hat nun in dankenswerter Weise sich bereit erklärt, in der heutigen Gemeinderatsitzung dem Gemeinderat eingehend Auskunft über die Möglichkeiten der Beschäftigung der Erwerbslosen zu geben. Er führt in längerer Rede übersichtlich und klar u. a. aus, es bestehen vier Möglichkeiten zur Beschäftigung der Erwerbslosen und zwar die Pflichtarbeit, die Notstandsarbeit, der freiwillige Arbeitsdienst und die Fürsorgearbeit. Das Arbeitsamt habe es begrüßt, daß die Stadtgemeinde in den letzten zwei Jahren versucht habe, zur Beschäftigung der Erwerbslosen eine Notstandsarbeit durchzuführen. Die Schwierigkeiten der Geldaufbringung und der Schuldaufnahme-Genehmigung seien aber wohl zu groß, als daß diese Art der Beschäftigung der Erwerbslosen möglich sei. Für Pflichtarbeit eigne sich die Feldbereinigung nicht. Fürsorgearbeit werde hier mit den Wohlfahrtsarbeitslosen schon durchgeführt. Für die übrigen Erwerbslosen bleibe sonach nur noch der freiwillige Arbeitsdienst. Dieser habe gegenüber der Notstandsarbeit zwar den Nachteil, daß die Beschäftigungsdauer von der Höchstbegrenzung abhänge. Auf der andern Seite erfolge aber, solange der Arbeitsdienst dauere, keine Aussteuerung. Die Kosten des freiwilligen Arbeitsdienstes werden, wenn mit demselben diejenigen Arbeiten ausgeführt werden, die vorher für die Notstandsarbeit vorgesehen gewesen seien, nämlich die Durchführung von Feldbereinigungswegen in Weidewiesen und Höhenhalde von der Ragold an, für die hiesige Stadtgemeinde noch rund 1800 Mark betragen, da ein Zuschuß von 2 Mark pro Arbeitsdienstpflchtigen und Tag geleistet werde. Zu diesem Betrag würden jedoch noch die Kosten des Materials kommen. Bei der Notstandsarbeit wären die der Stadt verbleibenden Kosten wesentlich höher. Die Vorteile des freiwilligen Arbeitsdienstes liegen insbesondere auch darin, daß bei demselben insbesondere die Jugendlichen durch freiwilligen Entschluß derselben, erstere Arbeit ausgeführt werden. Da die Arbeit freiwillig sei, könne jeder Arbeitsdienstpflchtige, falls ihm dieselbe nicht zulage, die Arbeit jederzeit ausgeben, ohne daß er in der Erwerbslosenfürsorge eine neue Sperre oder sonstige Nachteile erhalte. Von den Wohlfahrtsarbeitslosen können 20-25 Prozent mitebeschäftigt werden, wenn dieselben unter 21 bzw. 25 Jahre alt seien, für die übrigen Wohlfahrtsarbeitslosen müßte wie bisher Fürsorgearbeit weitergeführt werden. Die Erwerbslosen, die sich zum freiwilligen Arbeitsdienst melden, erhalten ein Merkblatt, aus welchem alles Wissenswerte hervorgehe. Nach weiterer eingehender Aussprache, bei welcher Reg.-Rat Dr. Stahlecker alle gestellten Fragen eingehend und klar beantwortete und bei welcher insbesondere das Für und Wider der Notstandsarbeit und des freiwilligen Arbeitsdienstes besprochen, insbesondere auch von Reg.-Rat Dr. Stahlecker klar bewiesen wurde, daß der freiwillige Arbeitsdienst für die Erwerbslosen auch finanziell günstiger sei, als der Bezug von Arbeitslosenunterstützung, wird mit 6:6 Stimmen und Stimmeneinheit des Vorsitzenden beschlossen, den freiwilligen Arbeitsdienst zur Durchführung der Feldbereinigung der einzugs erwähnten Feldbereinigungsarbeiten verhalten einzuführen, unter der Voraussetzung, daß die hierzu erforderlichen Mittel aufgebracht werden können und sich auch sonst keine unüberwindlichen Schwierigkeiten ergeben. Bei der Beratung wurde insbesondere auch darauf hingewiesen, daß die Schwierigkeiten, die sich durch eine Feldbereinigung ergeben, immer größer werden, je länger dieselbe hinausgezogen werde. Insbesondere sei der Grundstücksbesitzer in dem Gebiet der Feldbereinigung nahezu schuldig, solange dieselbe nicht durchgeführt sei. Es bestehe aber in absehbarer Zeit wohl keine Möglichkeit, die Feldbereinigung auf anderem Wege durchzuführen. Da durch den freiwilligen Arbeitsdienst auf die Erwerbslosen keinerlei Zwang ausgeübt werde, sei diese Art der Beschäftigung der Arbeitslosen wohl wert, daß ein Versuch damit gemacht werde.

Zu dem Gesuch des Hermann Leht, Caféhausbesitzers, um Genehmigung der Erstellung einer Kläranlage wird eine Anzeigung abgegeben, welche sich derjenigen des Stadtbaumeisters anschließt und in welcher zum Ausdruck kommt, daß es sowohl für Leht, als für den Nachbar Bauer unvorteilhaft wäre, wenn diese Kläranlage in der im Plan eingezeichneten Höhe über den Hofraum hinausragen würde.

Die im neuen Elektrizitätswerkgebäude bei der Wasserstufe gelegene, kürzlich freigeordnete städtische Kantine in der Wohnung, welche neu zu vermieten ist, soll in der hiesigen Zeitung zur Wiedervermietung ausgeschrieben werden.

Zu dem Gesuch des Martin Traub um Erstellung der Wirtschaftserlaubnis für die „Restaurations“ des Karl Theurer, Wirts und für einen Teil des Stadtgartens wird dem Oberamt gegenüber eine Anzeigung abgegeben, mit welcher u. a. die Bedürfnisfrage zur Wirtschaftserlaubnis bejaht wird. Ferner wurde ein solches Zeugnis für den Kriegerverein abgegeben, welcher beabsichtigt, in und bei seinem im Rangerberg erstellten Schießhaus zu wirtschaften.

Auch für heuer soll wieder ein Hilfsfeldbüchse aufgestellt werden, bei einer Entschleunung von 2 Mark im Tag.

Auf den fr. Gemeinderatsbeschlusse wegen Zugserlaubnis hat ein Gebäudeeigentümer angefragt, ob der Gemeinderat gegen die Vermietung Auswärtiger Einwendungen zu erheben habe. Nach Prüfung der persönlichen Verhältnisse des Mieters kommt der Gemeinderat fast einstimmig zu dem Beschlusse, dem Vermieter gegenüber zum Ausdruck zu bringen, daß der Gemeinderat eine Vermietung an die betr. Familie nicht wünsche, weil die finanziellen und persönlichen Verhältnisse des Mieters als nicht geordnet bezeichnet werden müssen.

Das Elektrizitätswerk stellt den Antrag, die elektrische Leitung zwischen der Möbelfabrik Wadenhut und dem Wohnhaus des Möbelfabrikanten Schalte in der Schillerstraße als Kabel in die Erde zu verlegen, da die Abänderung dieser Leitung innerhalb weniger Jahre zum dritten Mal erforderlich ist und daher die Verkaufung die billigere Lösung darstellt.



Dem Otto Bühler, Sohn des Rosenwirts Bühler We., wird auf Ansuchen unter gewissen Voraussetzungen gestattet, mit seiner Mutter die bisher von Lehterer innegehabte städtische Wohnung im Gewerbeschulgebäude zu beziehen.

Das Jugendfest in Altensteig erfreut sich eines guten Besuchs. Täglich finden sich einige hundert Menschen ein, um den pädagogischen und zeitgemäßen Vorträgen zu lauschen. Niemand verläßt das Fest, ohne von den verkündigten Wahrheiten stark beeindruckt zu sein. Jeden Abend wird der Vortrag von Chor- und Quartettgesängen wirkungsvoll umrahmt. Es lohnt sich wirklich einmal im Fest gewesen zu sein. Schon die innere, sehr geschmackvolle Aufmachung und Ausstattung ist es wert, daß man dieses für Altensteig neue Unternehmen gesehen hat. Niemand veräume es deshalb, die nächsten Vorträge im Fest zu besuchen. Beginn pünktlich abends 8.15 Uhr.

Magold, 22. Juli. (Von der Methodistenkirche.) Prediger Schmeißer, der seit fünf Jahren im Bezirk Magold der Methodistenkirche tätig war, ist als Aufsichtsprediger in den Bezirk Rudersberg versetzt worden. An seine Stelle tritt Prediger Hugo Flüger aus Stuttgart.

Wildberg, 21. Juli. (Schäferlauf und Segelflugport.) Den Besuchern des Schäferlaufes am Sonntag, den 21. Juli wird neben dem Preisbüchse des W. Württemberg im Verein für deutsche Schäferhunde, den Wettläufen der Schäfer und Schäferinnen und den übrigen volkstümlichen Vorführungen noch etwas ganz Besonderes geboten werden. Einige junge Wildberger haben sich in den letzten Monaten zu einer Fliegergruppe zusammengeschlossen und unter nicht geringer Opfer an Geld und Zeit eine erstaunliche und hervorragende Leistung vollbracht: Sie haben ein flugtüchtiges Segelflugzeug gebaut. Das Flugzeug wird beim Schäferlauf am Sonntag im Festzug mitgeführt und der Öffentlichkeit gezeigt. Ob auch ein Flug stattfinden kann, ist noch ungewiß aber möglich. In der heutigen Zeit berührt es doppelt angenehm, wenn die Jugend solche Leistungen zeigt. Den betr. jungen Leuten alle Anerkennung.

Schietingen, 19. Juli. (Auscheiden vom Amt.) Nach nahezu 23jähriger Tätigkeit als Ortsvorsteher tritt mit dem 1. August Bürgermeister Theurer in den Ruhestand. Gesundheitliche Rücksichten legten es ihm nahe, sein Amt, das er mit anerkannter Pflichttreue verwaltet hat, nunmehr niederzulegen. Die Wahl des Amtsnachfolgers ist auf Samstag, den 23. Juli festgesetzt.

Bad Teinach, 21. Juli. (Ein kleines Schwimmbad.) Der Besitzer des Gasthofes zum „Goldenen Fäß“, F. Eberhard, hat in jädem Fleiß in unmittelbarer Nähe von Bad Teinach, im lieblichen, unberührten Rötendal, ein kleines Schwimmbad erstellt. Das Bad wird aus dem Rötendal mit reichlichem und kristallklarem Wasser versorgt. Wenn auch die Ausmaße des Bades nur 7:20 Meter sind, so dürfte mit seiner Erstellung doch dem dringendsten Bedürfnisse nachgekommen sein.

Calw, 21. Juli. Die Gartenbesitzer haben heuer unter einer großen Schneekaplage zu leiden. Massenhaft treten die Weinbergschnecken und die roten Schnecken auf und richten am Gemüse großen Schaden an. Trotz aller Vernichtungsvorläufe sind frühmorgens eine Menge Schnecken anzutreffen. — In diesem Jahr ist eine große Haselernte zu erwarten. Die Sträucher stehen voll der gesuchten Früchte und werden sehr begehrt sein in Anbetracht des Ausfalles an Obst in manchen Orten. Leider werden die Früchte oft vor der Reife abgenommen, so daß die Kerne stark einschrumpfen.

Calw, 22. Juli. (Zum Rathaus.) Der Gemeinderat hat in seiner gestrigen Sitzung den Haushaltsvoranschlag für das Rechnungsjahr 1932 verabschiedet. Bei gleichbleibender Umlage konnte der Etat unter Rückgriff auf verfügbare Reserven der Technischen Werke und unter Heranziehung der letzten Restmittel zum Ausgleich gebracht werden. Der Haushaltsvoranschlag schließt in Einnahmen mit 189.148 Mark und in Ausgaben mit 521.701 Mark, also mit einem Abmangel von 332.553 Mark. Zu dessen Abdeckung beschloß der Gemeinderat auf Antrag der Stadtverwaltung die Erhebung einer Gemeindeumlage von 21 v. H. (wie im Vorjahr) aus Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuerkataster mit einem Gesamttrag von 163.800 Mark, außerordentliche Zuweisung aus Mitteln des Stadt-, Gas- und Elektrizitätswerks in Höhe von je 10.000 Mark, ferner Darlehensaufnahmen beim Stadt-, Elektrizitätswerk und beim Wasserwerk. Das Elektrizitätswerk wird hierbei mit 10.000 Mark, das Wasserwerk mit 20.000 Mark in Anspruch genommen. Zur Abdeckung des verbleibenden Nettobetrages von 18.813 Mark soll ein Zuschuß in dieser Höhe zu den Kosten der Unterhaltung der Volksschule und aus dem staatlichen Ausgleichsstock nachgesucht werden. Kapitalien und Schuldenstand der Stadtgemeinde stellen sich nicht ungünstig dar, hingegen treten die sinkenden Steuereinnahmen, der völlige Fortfall eines Ertrages aus den städtischen Wäldungen und das weitere Anwachsen der Fürsorgekosten für den Gemeindehaushalt sehr nachteilig in Erscheinung. Der Wald, der noch in den ersten Nachkriegsjahren Jahreserträge bis zu 70.000 Mark abwarf, verursacht heuer eine Mehrausgabe von 1000 Mark, während der Ortspflegeetat einen Abmangel von über 54.000 Mark aufweist. In seiner Eilatrede verwies der Stadtvorstand u. a. auf die dringende Notwendigkeit, die Gemeinden in weitgehendem Maße von den gleichmäßigen Zwangslieferungen zu befreien, damit sie in die Lage versetzt würden, die Ausgaben den sinkenden Einnahmen anpassen zu können.

Reutenburg, 21. Juli. Einen grausigen Fund machte gestern um die Mittagstunde im Wald nahe bei Reutenburg ein Beerenjäger. Er stieß auf die Skelette zweier total verweste Leichen. Die Schädel derselben wiesen deutlich sichtbar Schußverletzungen auf. Den Umständen nach zu schließen dürfte es sich mit Bestimmtheit um gemeinsamen Freitod eines Liebes- oder Ehepaars handeln, denn am Fundort wurde eine Pistole sowie eine abgeholzene Patronenhülse gefunden. Das einjame

Drama dürfte sich vielleicht um die Winterzeit abgepielt haben. Die sofort herbeigerufene Mordkommission aus Stuttgart nahm die notwendigen Ermittlungen auf und wird sich vor allem um die Feststellung der Personalien bemühen, denn im Oberamtsbezirk selbst ist niemand als vermüht gemeldet.

Salztetten, O.A. Horb, 21. Juli. (Verschwunden.) Die 19 Jahre alte Eva Singer von hier ist seit einigen Tagen spurlos verschwunden. Das Mädchen, welches wegen einer nicht gern gesehenen Liebhaft von den Eltern zu rechtgewiesen wurde, nahm sich diese Zurechtweisung so zu Herzen, daß es sich mit einem Damen Fahrrad ohne Barmittel von zu Hause entfernte, ohne daß Näheres über sein Reiseziel bekannt wurde.

Burgfelben O.A. Balingen, 21. Juli. (Brand.) Am Mittwoch morgen brach im Dachstod der Wirtschaft zur Post Feuer aus, das sich mit rasender Schnelligkeit über den ganzen oberen Teil des Gebäudes ausbreitete. Außer dem Vieh konnte nichts gerettet werden. Die „Post“ ist nur noch ein rauchender Trümmerhaufen. Die Brandursache soll in einem Kamindefekt zu suchen sein.

Leonberg, 20. Juli. Wie die „Leonberger Zeitung“ hört, schweben zurzeit Verhandlungen um den Verkauf des dem Freiherrn von Bischer-Thingen gehörenden Gutes „Seehaus“. Es sind mehrere Liebhaber vorhanden. Geboten sind bis jetzt 100.000 Mark. Interessent ist auch der württembergische Staat, der beabsichtigt, das Gut zur Erweiterung des Freiwilligen Volksdienst-Lagers auf dem Rappenhof zu erwerben.

Ravensburg, 20. Juli. (Unglaublich aber wahr.) In letzter Zeit mehrten sich in auffällender Weise die Taschendiebstähle, ohne daß es zunächst gelungen wäre, den Täter hafthaft zu werden. Die angestellten Nachforschungen haben nun zu dem überraschenden Ergebnis geführt, daß die Diebstähle von einer Anzahl Kinder ausgeführt wurden, die es auf Handtäschchen und deren Inhalt abgesehen hatten. Der jüngste der Kleinen Langfinger ist erst sechs Jahre alt. Reißt verübten sie ihre Raubzüge in Gruppen zu zweien oder vieren. Das gestohlene Geld vertaten sie zu einem Teil mit Schokolade.

Göppingen, 21. Juli. (Der verunglückte Hochzeitszug.) Bei einem Brautjung in Schnittlingen auf der Alb ereignete sich ein Unglücksfall, der nicht unerhebliche Folgen nach sich zog. An einer Steinblagmaschine scheuten die Pferde des Brautwagens. Dieser kürzte um, warf Braut und Bräutigam auf die Straße, während der Kutscher, ebenfalls auf der Straße liegend, die Pferde noch am Zügel haltend, diese aufzuhalten versuchte. Braut und Bräutigam erlitten erhebliche äußere Verletzungen und der Fuhrmann starke Schürfungen und Prellungen. Die Hochzeitsfeier wurde abgeblasen.

Kefareiz, 21. Juli. (Bluttat.) Abends geriet in Kefareiz der 29 Jahre alte Landwirtssohn Georg Frey vor der Treppe seines Hauses mit Konrad Kober in Streit und griff ihn an. Die ihrem Vater zu Hilfe kommende Frau Käthe Weiß geb. Kober wurde von dem rabiaten Menschen gleichfalls angefallen und mit dem Messer schwer verletzt. Sie erhielt zwei gefährliche Stiche in den Kopf und einen in die Hand. Darauf griff der Täter zum Jagdgewehr und gab auf Konrad Kober einen Schuß ab, der jedoch kein Ziel verfehlte. Eine volle Ladung traf Jobann den Bruder Konrad Kobers, Ludwig Kober, ins Herz, so daß er sofort umfiel und der Tod auf der Stelle eintrat.

Ravensburg, 21. Juli. (Erhöhung der Bürgersteuer.) In der gestrigen Sitzung des Gemeinderats wurde nach langer Aussprache die Wiedereinführung der 300prozentigen Bürgersteuer in namentlicher Abstimmung mit 14 gegen 9 Stimmen beschlossen.

Vangenargen O.A. Tettmang, 21. Juli. (Unregelmäßigkeiten.) Unregelmäßigkeiten scheinen auch im hiesigen Rathaus vorgekommen zu sein. Jedenfalls ist ein Polizeibeamter seit einigen Wochen bereits vom Dienst befreit. Untersuchung ist eingeleitet.

Eglos O.A. Wangen, 21. Juli. (Autounfall.) Am Dienstag abend überfuhr sich ein Auto. Der Kraftwagenfahrer, ein Karl Steiner, Generalvertreter aus Stuttgart, erlitt beim Sturz des Wagens schwere innere Verletzungen. Im Bezirkskrankenhaus Wangen ist der Verunglückte gestorben.

Bom bayerischen Allgäu, 21. Juli. (Tödlicher Absturz.) — Elektrizitätswerk abgebrannt.) Mehrere Schulmädchen machten am Oberjoch einen Spaziergang zum Wildbachstobel. Beim Pflücken von Alpenrosen ist die 9 Jahre alte Tochter des Straßenaufsehers Herb von Hindelang abgestürzt und in den Bach gefallen. Das Mädchen konnte von einem Wanderburschen rasch aus dem Wasser gerettet werden, doch war der Tod bereits durch den Absturz eingetreten. — In der Nacht ist in Eubi das Elektrizitätswerk abgebrannt.

Aus Baden

Sernobach, 21. Juli. (Todesfahrt.) Die 20 Jahre alte Tochter des Garagenmeisters Wolk aus Mörich bei Ettlingen, die mit ihren Geschwistern Feldbeeren gesucht hatte, fuhr mit



ihrem Rad eine steile Straße hinunter. Vermutlich infolge Verzögern der Bremse fuhr sie gegen eine Hauswand und blieb tot liegen.

Kotenfels bei Gaggenau, 20. Juli. (Ein Opfer der Rotzeit.) Der seit einiger Zeit arbeitslose, 47jährige Heizer Martin Krenz entfernte sich mit seinem Fahrrad von zu Hause unter der Angabe, er würde auf seinen Ader fahren. Später fand man am Rande des Kanals das Fahrrad, Rad und Weste. Einige Stunden darauf wurde die Leiche des Lebensmüden geborgen, den wirtschaftliche Not in den Tod getrieben haben.

Der preußische Landtagspräsident Kerz zu den Vorgängen in Preußen

Stuttgart, 21. Juli. Die Nationalsozialisten veranstalteten in der Stadthalle eine große Wahlkundgebung, in der General von Epp und der preußische Landtagspräsident Kerz als Redner auftraten.

Zuerst sprach Generalleutnant a. D. Ritter von Epp, der ausführte: Der heutige historische Tag ist ein wirklicher Sieg über das rote System. Die roten und schwarzen Gegner sind jetzt endgültig aus dem Sattel geworfen. Woher die es: Schwarz und rot sind Deutschlands Tod. Mit diesen Farben meine ich aber keineswegs die guten württembergischen Farben. Diese haben vielmehr Anlaß, sich die schmutzige Konkurrenz der Schwarzen und Roten zu verbitten. Dr. Brüning, der sich als konsequenter bezeichnet, sollte sich eigentlich freuen, wenn jetzt die Entscheidungsschlacht gegen den November 1918 geschlossen wird. Die Parteien der Friedensresolution 1917 und von Weimar haben das uns auferlegte Joch verschuldet. Die Sinnesänderung des Reichspräsidenten, den wir nicht gewählt haben, berühren wir als Geschenk des Schicksals. Die Aufgabe der Regierung lautet ist nur, solche Kampfesbedingungen zu schaffen. Wir wollen jetzt eine Entscheidungswahl und kein Kompromiß mit dem Zentrum, das immer zur unsauberen Hälfte der Nation gehörte. Wir wollen, daß über Deutschland eine nationale Flagge weht und nicht die rote Fahne Moskows oder die gelbe des jüdischen Kapitals oder die Kirchenfahne Roms.

Als zweiter Redner sprach der preußische Landtagspräsident Kerz. Berlin. Sehr rasch, so führte er aus, hat die Reichsregierung auf meinen Brief hin zugesprochen und zwar auf eine Art und Weise, die ich besonders begrüße. Den Reichskommissar habe ich nicht gefordert, aber ich begrüße seine Einsetzung. Die Zustände in Preußen waren in den letzten Tagen nicht ein schmelzender, sondern ein offener Bürgerkrieg. Jetzt aber wird der 31. Juli in Ruhe und Frieden vorbeiziehen. Der heutige Tag ist ein Markstein in der Geschichte des deutschen Volkes. Jetzt ist Schluss mit Severing und Braun und niemals mehr werden sie wieder oben hin kommen, aber ebenso ist auch Schluss mit Brüning und dem Zentrum. Wie die Populari in Italien, muß das Zentrum in Deutschland für immer verschwinden, damit der konfessionelle Friede gesichert bleibt. Jeder kann in Deutschland nach seinem Glauben leben, aber die Sozialisten müssen aus der Politik verschwinden und dürfen nur ihrem eigenen Beruf zur Verfügung stehen. Beide Redner fanden stürmischen Beifall.

Aus dem Gerichtssaal

Gefühnter Mieberfall

Stuttgart, 21. Juli. Das Schnellhöfengericht hatte sich wieder einmal mit einem politischen Zusammenstoß zu beschäftigen, der sich in einer der letzten Wochen in der Hauptstätterstraße beim Wilhelmplatz ereignete. Angeklagt waren sechs Mitglieder des Kampfbundes gegen den Faschismus, die beschuldigt wurden, an dem Mieberfall auf einen Nationalsozialisten beteiligt gewesen zu sein. Der Nationalsozialist wurde dabei in frecher Weise zusammengestoßen und am Boden liegend noch mit Stiefeln getreten. Der Staatsanwalt bezeichnete es als einen Skandal, wie hier ein politischer Gegner abgetreten wurde. Keiner der Angeklagten wollte aber mit dieser wenig heldenmütigen Tat etwas zu tun haben. Auf Grund der Beweisaufnahme konnten jedoch vier Angeklagten ihre Teilnahme nachgewiesen werden. Sie erhielten Gefängnisstrafen von fünf, acht und zweimal je zehn Monaten. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Letzte Nachrichten

Ein Schuß auf den D-Zug Hannover-Berlin

Braunschweig, 21. Juli. Auf den D-Zug Hannover 39 Hannover-Berlin wurde heute mittag auf der Station Königslutter von einem unbekanntem Täter ein Schuß abgegeben. Das Geschöß zertrümmerte ein Fenster des Speisewagens. Reisende wurden nicht verletzt.

Das „Nachttrabendblatt“ für vier Tage verboten
Berlin, 21. Juli. Der Militärbeschlusshaber für Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg hat das Erscheinen des „Nachttrabendblattes“ auf die Dauer von vier Tagen und zwar für die Zeit vom 22. bis 25. Juli 1932 verboten.

Wieder Vitschjäulenbrände in Berlin

Berlin, 21. Juli. Mehrere Vitschjäulen wurden heute abend durch unbekannte Täter in Brand gesteckt. In allen Fällen konnte die Feuerwehr bezw. Polizeibeamte die Brände schnell löschen.

Gestorben

Magold: Karl Gauß.
Ettlingen: Friedrich Bess.

Naturnahliches Wetter für Samstag

Da der Einfluß des westlichen Hochdrucks fortbesteht, ist für Samstag mehrfach heiteres und vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: L. Paul
Druck und Verlag der W. Kiefer'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Vom 23. Juli bis 6. August

Saison-Schluss-Verkauf

Chr. Krauss,

Altensteig.

zu weit herabgesetzten Preisen



Günstige Einkaufsgelegenheit in meinem Sommer-Saison-Schlussverkauf

wie:

leichte Anzüge, Mäntel, besonders Lüster- und Zwirnjuppen

10 bis 40 Prozent Ermäßigung1 Posten Knabenzwirn- und Waschanzüge **bis 50% zurückgesetzt**

Sommermützen, Trachtenhosen- und Juppen, Windjacken

sowie verschiedene Reste zu 1 und 2 Anzüge und Einzelhosen

weit unter Ankaufspreis

Christ. Theurer, Nagold

Herren- und Knabenbekleidung
Ecke Bahnhof- und Leonhardstraße.

Altensteig, den 21. Juli 1932.

Danksagung



Allen denen, welche während der Krankheit und dem Heimgang unserer lieben Schwester

Luise

ihre wohlthuende Teilnahme, auf mancherlei Weise zum Ausdruck brachten, sagen wir auf diesem Wege tiefgefühlten Dank.

Geschwister Luz.

8/40 PS

Opellimousine

in gutem Zustand, billig zu verkaufen. Anzusehen kommenden Samstag.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Wasserleitungs-Hähnen



Reparaturen billig
sowie Ersatzteile, Strahlregler zu haben bei
Fr. Hendler,
Flaschenmeister
Altensteig, Tel. 61
am Marktplatz

Circa 30 Zentner schönes

Hafer- und Weizenstroh

kann noch abgeben
Georg Geiger, Ebershardt.

Wenn

man etwas verkauft, vermietet oder verpachtet oder etwas sucht, so bringt man eine Anzeige in der

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“.

Die große Verbreitung in allen Bevölkerungsschichten sichert einen guten Erfolg.

Bestellungen auf nächster Tage eintreffende gelbsteifige

Speisefartoffeln

zu RM. 3.20 per Zentner nimmt entgegen

M. Schrieler, Altensteig

Butterpergamentpapier

empfiehlt die
Buchhandlung
Laut, Altensteig.

Bödingen.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer

am Montag, den 25. Juli 1932

im Gasthaus zum „Rappen“ in Bödingen stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

Karl Koch
Schreinermeister
Sohn des
Christian Koch
Schreinermeister

Marie Lehmann
Tochter des
Georg Lehmann
Bäckermeister

Kirchgang 1 Uhr.

Vor dem Markte

müssen Sie noch mit einer Anzeige auf Ihre Waren aufmerksam machen! Inserieren schafft Umsatz, das ist eine alte Erfahrung!

Ziehung 12. und 13. August 1932

Stuttgarter
Schloßbrandhilfe
Geldlotterie

Losse nur 50 Pf.
Doppellosse 1 Mk.
Perle u. Lote 50 Pf. in allen Verkaufsst.

Gesamt-, Höchst- u. Hauptgewinne Mark:

50000	Glücktasche mit 50 Losen gratis mit Lotte 5 Mk.
25000	
15000	

J. Schweickert Stuttgart Marktstr. 10, P. 31A, Kont. 201

Mein Saison-Schluss-Verkauf 10% RABATT

in sämtlichen Glas-, Porzellan- und Steingutwaren

mit

RABATT



beginnt am **Samstag, den 23. Juli 1932 bis 6. August 1932**
Versäumen Sie die günstige Gelegenheit nicht, Ihr Besuch lohnt sich.

Chr. Burghard jr., Altensteig.